# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 336 — Jahrgang 211

**Bezugspreis:** für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

**Morgen-Ausgabe**

**Donnerstag, 4. Juli**

**Anzeigenpreis:** Hiesige je Zeile 25 Pfg., Geschäftsanzeigen 20 Pfg. + 10% Aufschlag. Auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. — Rabatt nach Tarif

**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610. Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

**Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale


# Heftige italienische Angriffe an der Piavefront

## Teilkämpfe nördlich der Aisne — Demission des holländischen Kabinetts

### England siegesentschlossener denn je

**London, 3. Juli.** Bei der Eröffnung der interalliierten parlamentarischen Wirtschaftskonferenz hielt Bonar Law eine Willkommensrede an die Vertreter, in der er nach Erwähnung des Unterganges des Hospitalschiffes „Llandovery Castle" sagte, diese Konferenz werde die zwischen den Alliierten bestehenden Bande noch enger knüpfen. Sie habe den Alliierten die Ueberzeugung beigebracht, daß sie sich ebenso, wie sie sich jetzt Schulter an Schulter vor dem Feinde gegenseitig unterstützen, auch in der Zeit des Wiederaufbaues nach dem Kriege wechselseitig helfen müssen. Ich bin sicher, daß die Vertreter mit der festen Ueberzeugung nach Hause zurückkehren werden, daß das englische Volk niemals entschlossener war als heute, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, und daß schließlich die wirtschaftlichen Kräfte, zu deren Besprechung sich die Vertreter versammelt haben, nicht weniger stark sind als die militärischen.

### Die Angst Englands vor der deutschen Macht auf dem Weltmarkt

**London, 2. Juli.** Nach einer Reutermeldung wurde auf der parlamentarischen Konferenz der Alliierten beantragt, die beteiligten Regierungen sollten entsprechende Maßregeln gegen die deutsche Verschwörung zur Beherrschung des Welthandels" gegen das Dumpingsystem, die Handelsspionage und ähnliche Politiken ergreifen. Ferner wurde vorgeschlagen, Delegierte zur Herbeiführung einer Handelsentente der Alliierten zu ernennen.

### Zum Untergang des englischen Hospitalschiffes „Llandovery Castle"

**London, 2. Juli.** (Reuter.) Die Admiralität gibt bekannt: Die Gegend zwischen der Stelle, wo das Hospitalschiff „Llandovery Castle" durch ein deutsches U-Boot am letzten Donnerstag versenkt wurde, und der Südwestteil der irischen Küste wurden gestern außer von dem Torpedobootzerstörer „Lysander" von zwei Gruppen von Kriegsschiffen gründlich abgesucht. Es wurden aber nur kleine Schiffstrümmer und ein leeres Boot gefunden. Es wird daher angenommen, daß keine weiteren Ueberlebenden der „Llandovery Castle" vorhanden sind.

### Ein Gerücht über die Vernichtung des amerikanischen Hospitals in Täbris

**Washington, 2. Juli.** (Reuter.) Die Vereinigten Staaten forderten eine Erklärung der Türkei zu dem Gericht, daß die türkischen Truppen das amerikanische Hospital in Täbris vernichtet und die dortigen Konsulatsbeamten festgenommen haben. Ueber Spanien ist eine Bestätigung dieses Gerüchts eingegangen. Die Beamten des Staatsdepartements teilen mit, daß die Art der an diesem Vorgehen beteiligten Truppen von Bedeutung für die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit sein wird.

### Französische Kopfpreise auf deutsche Gefangene

**Berlin, 3. Juli.** Aus einer Anzahl kürzlich von den Deutschen erbeuteten Befehle geht hervor, daß die Franzosen immer noch an der so oft gebrandmarkten Gewohnheit festhalten, einen Kopfpreis auf die Gefangennahme von Deutschen zu setzen. So enthält der von General Humbert unterzeichnete Armeebefehl Nr. 336/2 vom 15. April einen genauen Tarif dieser Belohnungen, der 75 bis 100 Franken für Unteroffiziere verspricht. Auch sind bestimmte Sätze und Preiserhöhungen für das Einbringen mehrerer Gefangener vorgesehen.

### Die Kriegsgefangenenkonferenz im Haag

**Haag, 3. Juli.** Das Korrespondenz-Büro meldet, daß die Kriegsgefangenen-Konferenz heute nachmittag ihre Verhandlungen wieder aufnimmt. Ueber die restliche Dauer der Konferenz kann noch nichts Sicheres mitgeteilt werden.

### Eine holländische beratende Kommission für wirtschaftliche Aufklärung

**Haag, 3. Juli.** (Korr.-Bureau.) Der Minister des Aeußern hat gestern die beratende Kommission für wirtschaftliche Aufklärung im Auslande seinem Departement angegliedert.

### Neuer Kriegskredit

**Berlin, 4. Juli.** Dem Reichstage ist ein neuer Kriegskredit zugegangen. Es werden 15 Milliarden als Nachtrag zum Reichsetat für 1918 gefordert, die durch Anleihen gedeckt werden sollen.

## Abendbericht des Großen Hauptquartiers

**Berlin, 3. Juli, abends.** (Amtlich.)

Oertliche Teilkämpfe nördlich der Aisne.

## Der österreichische Generalstabsbericht

**Wien, 3. Juli.** Amtlich wird verlautbart:

Gestern am frühen Morgen setzte an der ganzen Piavefront von Susegana abwärts heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich südlich von San Donna in mehreren Abschnitten zum Trommelfeuer steigerte. Einige Stunden später ging im Piavemündungsgebiet die feindliche Infanterie zum Angriff über. In erbittertem, den ganzen Tag über währenden Kampf vermochte der Gegner, abgesehen von kleinerem Raumgewinn bei Chiesa Nuova, nirgends einen Erfolg zu erringen. Auch sein Versuch, am Südflügel bei Nevedoli unter dem Schutze feindlicher Seestreitkräfte Infanterie an Land zu werfen, scheiterte in unserem Feuer. Ein italienischer Uebergangsversuch bei Zenson wurde vereitelt. An der venezianischen Gebirgsfront war die Kampftätigkeit gleichfalls außerordentlich rege. Westlich des Asolono wurde ein starker Angriff durch das bewährte niederösterreichische Infanterie-Regiment Nr. 49 im Gegenstoß aufgefangen. Auch nördlich des Coldel Rosso und bei Asiago wiesen wir italienische Infanterievorstöße ab. An der Tiroler Westfront mäßiger Artilleriekampf.

Wie nachträglich festgestellt wurde, war es Oberleutnant Barwig, der mit Zugführer Kauer als Pilot den vielgenannten italienischen Jagdflieger Major Barcca am 9. Juni geschossen hat.

**Der Chef des Generalstabes.**

## Rücktritt des holländischen Kabinetts

**Rotterdam, 2. Juli.** Wie der „Nieuwe Rott. Court." erfährt, beabsichtigt das Kabinett, morgen der Königin ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen.

*

**Haag, 3. Juli.** Das Korr.-Bureau meldet: Der Bericht des Morgenblattes des „Nieuw. Rott. Court.", daß das Kabinett morgen der Königin seine Demission abgeben wird, kann bestätigt werden. Das Kabinett ist der Ansicht, daß der Ausgang der Wahlen zur Demissionsfrage nicht abgewartet zu werden brauche, da durch die allgemeinen Wahlen, die heute stattfinden, der Zeitraum für das Auftreten eines Extraparlamentarischen Kabinetts ohnehin abgelaufen ist.

### Scharfer Protest gegen die Börsensteuer

**Berlin, 3. Juli.** Der Börsenvorstand kam in seiner heutigen Sitzung bezüglich der Börsensteuer zu nachstehender Entschließung:

Die in Aussicht genommenen Steuersätze bedeuten eine unerträgliche Schädigung für den deutschen Börsenverkehr und die mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Interessen. Die unausbleibliche Störung der Funktionen der Börse würde das solide Anlagegeschäft auf das empfindlichste beeinträchtigen, ohne spekulative Ausschreitungen verhindern zu können. Die ungeheure Erhöhung des Stempels würde die Umsatzfähigkeit des bereits in Wertpapieren angelegten Teiles des deutschen Nationalvermögens außerordentlich erschweren und damit eine Entwertung des Aktienbesitzes zur Folge haben. Das ist die einmütige Ueberzeugung aller soliden Kreise des gesamten deutschen Bank- und Bankiergewerbes. Es ergeht an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Mahnung, durch irrige Hoffnungen auf Steuererträgnisse die im Kriege so gewaltige Lebenskraft und Leistungsfähigkeit der Börse aufs Spiel zu setzen und sie der Fähigkeit zur Erfüllung der ihrer harrenden Zukunftsaufgaben zu berauben.

Die Handelskammern wurden ersucht, die Vorstände der deutschen Börsen zur Stellungnahme zu dieser Angelegenheit zusammenzuberufen.

## Deutscher Reichstag.

**Sitzung vom 3. Juli 1918.**

Am Bundesratstisch: von Payer, von Capelle, Wallraf von Kühlmann.

Vizepräsident Dr. Dove eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 18 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand die dritte Lesung des Haushaltsplans in Verbindung mit der zweiten Lesung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Gegen einzelne Punkte des Friedensvertrages haben wir Bedenken, so gegen die Dobrudschafrage, die Angelegenheit der Fremdstämmigen und auch gegen die Regelung wirtschaftlicher Dinge. Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. Hinsichtlich des Schutzes offener Städte hinter der Kampffront gegen Fliegerangriffe muß die deutsche Regierung die Initiative ergreifen. England stellt die Leichen der bei Fliegerangriffen Getöteten aus, um die Kriegsstimmung zu heben. Bei uns darf nichts über solche Vorkommnisse veröffentlicht werden. Welchen Sinn soll dieses wahnsinnige Frauen- und Kindermorden haben? Munitionsfabriken oder wichtige Bahnknotenpunkte sind bei uns noch nicht getroffen worden. Wird die deutsche Regierung mit ihrer Anregung von den Feinden abgewiesen, dann haben wir wenigstens einen moralischen Erfolg. Der Krieg muß auch für Deutschland den Charakter als nationaler Verteidigungskrieg behalten. Die Auffassung, die Staatssekretär von Kühlmann ausgesprochen hat, wird von allen ehemaligen Reichskanzlern, Staatssekretären und Diplomaten geteilt, wenn sie es auch nicht sagen. Machen wir mit dem ganzen Lügenkram ein Ende — wir können es. Lassen wir an der Stelle der Friedensoffensive eine Offensive der Wahrheit treten. Der wahre Weltfrieden kann nicht durch das Schwert erreicht werden, das ist nur möglich durch die Umbildung der Geister, die politische Tat. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Gebiet wie die Heeresleitung auf dem ihrigen es versteht, ihre Gegner zu besiegen. Jetzt geht der eine Wunsch durch das Volk: Schluß! (Zurufe rechts.) Auch wir wollen einen Schluß in Ehren. (Rufe: rechts: Wir auch!) Ihre Forderung geht aber in ganz anderer Richtung. Das Volk ist gegen die Stimmungsmacher abgestumpft. Seien Sie sich klar darüber: Es steht viel auf dem Spiel, es geht um das Leben von Millionen. (Beifall bei den Soz.).

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Bei uns regiert immer noch die Hof- und Militärkamarilla. Das Eigenartige ist, daß Staatssekretär von Kühlmann nicht die Konsequenzen aus seiner der Kamarilla entgegengesetzten Haltung zieht. (Inzwischen sind am Bundesratstisch die Staatssekretäre Graf von Roedern, Dr. Solf und Stein erschienen). Die ukrainische Politik zeigt die Unfähigkeit der deutschen Regierung und ihrer militärischen Hintermänner, irgend etwas durchzuführen, was die Aussöhnung Deutschlands mit den übrigen Völkern herbeiführen könnte. Kein deutscher Proletarier darf die Hand dazu bieten, Waffen zu schaffen, die der Reaktion in Rußland zum Siege verhelfen. Ich rufe das deutsche Proletariat von dieser Stelle zur Revolution auf. (Großer Lärm bei der Mehrheit. Präsident Fehrenbach ruft den Redner zur Ordnung).

Stellvertreter des Reichskanzlers **Dr. v. Payer:** Auf die Bemerkung des Abg. Ledebour zu erwidern, bessen bin ich durch den Präsidenten enthoben. Der Abg. Scheidemann hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, erklärt, daß die sozialdemokratische Partei den Etat ablehnen wird. Etwas ganz Neues ist das für uns nicht. (Rufe: Nein!) Nur ausnahmsweise hat ja die Sozialdemokratie den Etat bewilligt. Das werden wir ertragen, obwohl es im Kriege schwerer zu ertragen ist als im Frieden, wenn solche Demonstrationen gemacht werden. Es ist doch recht gut, daß das nur eine Demonstration bleiben muß und praktische Folgen nicht haben kann. (Sehr wahr! rechts.) Wenn noch andere Parteien es ebenso machen würden, und der Etat durch die Mehrheit des Reichstages abgelehnt würde, glauben Sie, daß der Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit ein Dienst damit geschehen würde? Ich möchte das bezweifeln. (Zustimmung rechts.) Doch das ist Ihre Taktik (zu den Soz.) Mögen Sie es damit halten, wie Sie es für recht erachten. Durch die lebhafte Beschäftigung des Abg. Scheidemann mit der Friedensfrage fühle ich mich nicht veranlaßt, wiederum eine programmatische Erklärung der Regierung über die Friedensfrage abzugeben. Was soll noch den Erfahrungen, die wir jetzt schon so oft gemacht haben, eine solche Erklärung nützen? Die regelmäßige Folge ist zunächst immer eine Aufregung des Volkes und ein Aufeinanderprallen der Anschauungen innerhalb des Deutschen Reiches gewesen, und gegen außen? Man sieht ja hier und da etwas, was so aussieht wie ein zartes Fünkchen, das die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719180704 1-18/fragment/page=0001

Hoffnung auf bessere Einsicht bei unseren Gegnern erweckt. (Rufe links: Auch bei uns!) Das ist im allgemeinen so schwach, sodaß dadurch die Nachteile, die durch solche Erklärungen im Auslande hervorgerufen werden, nicht aufgewogen werden können. Die Nachteile sind, daß die feindlichen Regierungen ihre Völker aufpeitschen, um den Zusammenhalt aufrecht zu halten, indem sie unseren Worten, so ehrlich und so bescheiden, darf ich wohl sagen, sie gemeint sind, eine falsche Deutung geben dahin, als ob wir nicht vermögen, den Krieg zu einem siegreichen und unserem Verlangen entsprechenden Ende zu bringen. Oder wenn dieses Mittel nicht zieht, erklärt man unsere Worte für eine Falle, in die die Völker hineingelockt werden sollen, um einen Frieden zu schließen, wie sie ihn eigentlich nicht haben wollen. Das ist gerade nicht ein großes Kompliment für die Völker, aber daß dieses Mittel bis zu einem gewissen Grade noch immer zieht, haben wir doch erlebt. Darum enthalte ich mich, diese Frage wieder aufzurollen, aber der Formulierung unserer deutschen Friedensziele, wie sie Herr Scheidemann gegeben hat: Schluß in Ehren und keine Beeinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen, können wir ohne weiteres zustimmen. Ich glaube, wir sind über diese Formulierung unsererseits schon hinausgegangen. Das ist die Formulierung, die jedermann unterschreiben kann. Nach meiner Meinung wird der Friede, sowie die Dinge sich jetzt gestaltet haben, in dem Augenblick kommen, wo der Kriegswille und Vernichtungswille unserer Gegner gebrochen sein wird, und ich fürchte, — so sehr ich das Gegenteil wünsche —, daß alle Versuche vorher, zum Frieden, den wir alle ersehnen, zu gelangen, ergebnislos bleiben werden. Wir müssen warten, bis der Zeitpunkt gekommen sein wird, in dem unsere Gegner sich innerlich umgewandelt haben werden; dann kann man ernstlich darüber reden.

Zu meinem aufrichtigen Bedauern hat der Abg. Scheidemann ein Bild von der Art und dem Wesen der Obersten Heeresleitung und von dem Verhältnis zwischen dieser und der Reichsleitung gegeben, das nach meiner Überzeugung falsch ist und in dieser Weise nicht hätte ausgesprochen werden sollen und dürfen. (Rechts links.) Ich sage, diese Schilderung ist falsch. Es bekundet auch ein geringes Maß von Dankbarkeit für unsere Oberste Heeresleitung, wenn man in dieser Weise über ihr Wesen und ihre Leistungen spricht. Alle Meinungsverschiedenheiten in Ehren — und auch die Oberste Heeresleitung ist nicht über Kritik erhaben — aber wenn man sie kritisieren und schildern will, dann darf man auch nicht vergessen, was sie und das Heer unter ihrer Leitung für Deutschland geleistet haben. (Lebhafter Beifall rechts), so daß wir heute überhaupt in der Lage sind, uns über diese Frage hier so sicher zu unterhalten, wie wir es tun. Wenn man das nicht tut, so verletzt man mit solcher Kritik große Teile des deutschen Volkes und wenn man über das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und uns falsche Schilderungen macht, so ruft man Beunruhigung in der Bevölkerung hervor, die ihr besser erspart bleibt. (Lebhafte Zustimmung rechts, Zwischenrufe links). Wie kann man reden von einem militärischen Absolutismus bei uns? Davon, daß die Oberste Heeresleitung von Herrschsucht und von politischem Dilettantismus geleitet werde? Das sind alles Übertreibungen. Es ist selbstverständlich, daß in einem Kriege von solcher Dauer und Bedeutung weder die Zivilleitung ganz unabhängig von der Obersten Heeresleitung vorgehen kann, noch die Oberste Heeresleitung in ihren Entschlüssen ganz ungehemmt sein kann durch Rücksichten auf die Anschauungen der Zivilleitung. In jedem anderen Lande werden Sie finden, daß auch dort Gegensätze zwischen der Obersten Heeresleitung und der Zivilleitung tagtäglich in Erscheinung treten. Meinungsverschiedenheiten müssen auf diesem Gebiete da sein und wir können der Obersten Heeresleitung, wenn sie uns zum Siege und zum Frieden führen will, das Recht nicht bestreiten, daß sie ihre Meinung deutlich äußert in allen Fragen, die zusammenhängen mit dem siegreichen oder nicht siegreichen Ausgang dieses Krieges. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß es nützlich ist, wenn die Oberste Heeresleitung und die Zivilleitung einander bekämpfen, sondern wir glauben, daß es nur einen Weg gibt, auf dem man dem Vaterlande wirklich dienen kann, wenn nämlich beide bestrebt sind, sich zu verständigen und das durchzuführen, worüber sie zu einer Einigung gekommen sind. Man kann in solcher Zeit überhaupt eine schematische Scheidung zwischen dem, was der Obersten Heeresleitung an Macht und Einfluß und der Zivilleitung an Macht und Einfluß zukommt, nicht durchführen, sondern man muß bestrebt sein, zusammenzuarbeiten und so alle Hindernisse zu beseitigen. Die Meinungen gehen oft auseinander und werden oft auseinandergehen. Aber wo sind eigentlich die Ereignisse, die bekunden würden, daß, wie Sie sagen, die Zivilverwaltung kapituliert hätte vor der Obersten Heeresleitung? Wenn Sie ruhig und unbefangen sich das, was im letzten Jahre geschehen ist, überlegen, werden Sie keinen Beleg für die Richtigkeit dieser Auffassung finden. Wie stellen Sie sich denn unser Verhältnis vor? Wenn Herr Scheidemann uns den Rat gibt, wir sollten uns bemühen, gegenüber allen Stellen, also wohl auch der Obersten Heeresleitung, uns die Achtung zu verschaffen, auf die wir Anspruch hätten? Glauben Sie denn, meine Herren, daß wir die Achtung der Obersten Heeresleitung nicht genügend haben, daß wir überhaupt auf diesem Posten bleiben würden, wenn wir nicht im Besitz dieser Achtung wären? Wir brauchen uns um die Achtung nicht erst zu bemühen. Im übrigen bestehen wir auf unserer Meinung, so weit und so oft es notwendig ist und haben das bisher auch stets getan. Wir halten es durchaus nicht für angebracht, daß der Abg. Scheidemann uns wieder einmal den freundschaftlichen Rat gibt, daß wir uns möglichst bald zurückziehen sollen, wenn es uns nicht gelingt, ein Verhältnis zu der Obersten Heeresleitung zu schaffen, wie es ihm vorschwebt. Den Rat können Sie uns leicht erteilen. Meinen Sie, einer von uns sitzt zum Vergnügen hier auf diesen Stühlen? Sind Sie sich nicht darüber klar, daß zwar nicht unser Verhältnis zur Obersten Heeresleitung, aber daß alle die Schwierigkeiten, die wir gegenüber unseren Feinden und nach allen Richtungen durchzukämpfen haben, so schwer sind, daß wir oft all unseren Mut zusammenfassen müssen, um all dies zum guten Ende zu führen? Ein persönliches Opfer wäre es für keinen von uns, diesem Rate zu folgen. Handelt es sich denn um unsere Person? Wir sind hier dazu da, dem Vaterland zu dienen in der schwersten Zeit, die es je durchlebt hat. Da halten wir es für unsere Pflicht, auszuharren und nicht auf jeden beliebigen Rat von irgend einer Seite hin die Flinte ins Korn zu werfen. Was würde dabei herauskommen, wenn wir dem Rate des Herrn Abg. Scheidemann folgen würden? Dann gehen wir — andere kommen. Entweder betreiben sie dieselbe Politik wie wir sie treiben, was soll der Wechsel dann nützen? Oder sie würden vielleicht den Versuch machen, ohne Fühlungnahme mit der Obersten Heeresleitung die innere und äußere Politik zu betreiben. Eine solche Politik müßte im ersten Augenblick scheitern, oder aber — und das ist die Auffassung, wenn ich recht verstanden habe, von der die Herren ausgehen — es wird der Zustand eintreten, den Sie für den zweckmäßigsten halten würden, daß die Oberste Heeresleitung sozusagen im Nebenamt auch noch die zivile Politik des Reiches leiten würde. Dann — so sagen die Herren — wird sich im Augenblicke herausstellen, daß die Oberste Heeresleitung des politischen Verständnisses entbehrt, dann wird sofort ihre Politik Bankerott machen, und dann ist die Oberste Heeresleitung nicht mehr, was sie vorher gewesen ist. Ich meine, meine Herren, das wäre eine gefährliche Politik, die mitzuverantworten ich und die Herren neben mir sicherlich nicht die Absicht haben. Was könnte nicht zum Nachteil des Vaterlandes passieren, bis diese Probe ganz durchgemacht wäre, und was wäre schließlich durch eine solche Politik für den Frieden gewonnen, den Sie wünschen?

Was die Politik im Innern anlangt, so hat Herr Scheidemann behauptet, wir hätten kein rechtes Herz für die Not der breiten Massen. Da tut er uns Unrecht. Wir haben in der Tat ein Herz für die Not der breiten Massen, nicht bloß für ihre leibliche, sondern auch für ihre geistige; wir wissen, daß die Unzufriedenheit und die Verstimmung im Volke nicht allein von den Ernährungsfragen herrührt, sondern auch von der inneren Politik, von der Beschränkung der Freiheit und Bewegungsfreiheit. In anderen Ländern ist es auch so. Wir müssen aber fragen, ob man all das so regeln kann, wie es die Herren wünschen, ohne Schaden für das Vaterland und für die Sache. Ich meine in Übereinstimmung mit Vorgängen in anderen Ländern, daß man das nicht kann. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit muß sich nun einmal eben in jedem Kriege jeder gefallen lassen. Der Mann draußen an der Front weiß nicht mehr, was persönlich Bewegungsfreiheit ist. Wir hinter der Front müssen uns auch im Interesse des ganzen gewisse Beschränkungen auferlegen, denn wir haben doch vor allem miteinander das gemeinsame Ziel im Auge, daß wir den Sieg und den Frieden haben wollen, und wir können nicht zu Sieg und Frieden gelangen, wenn man unter Aufhebung des Belagerungszustandes und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung jeden einfach tun läßt, wie er mag und wie er im Frieden tun kann. Der Abg. Scheidemann hat darauf hingewiesen, daß ungeheuer viel auf dem Spiele steht. Das ist so richtig. Für uns alle steht ungeheuer viel auf dem Spiel, deshalb sollten wir es aber auch nicht allzu tragisch nehmen, wenn wir uns vorübergehend gewisse Freiheiten versagen müssen. Wir sind in der inneren Politik, Sie haben das seit langem gesehen, bemüht, die Gegensätze wie die Schroffheiten, die durch die Gesetzgebung hervorgerufen werden, die mit richtiger und noch häufiger mit falscher Anwendung der Gesetze und Verordnungen verknüpft sind, zu mildern und jedem soweit es im Rahmen der bestehenden Gesetze eben möglich ist, zu seinem Recht und seiner Freiheit zu verhelfen. Mehr aber können wir im Augenblick nicht tun. Es geht ja schrittweise immer vorwärts. Ich will nicht bestreiten, daß es langsam geht, viel langsamer als es denen erwünscht ist, die unter den Beschränkungen leiden, aber es geht vorwärts und wir kommen allmählich zu Zuständen auf diesem Gebiet, die durchaus als erträglich bezeichnet werden können. Ich glaube, man würde besser tun, statt mit so scharfen Worten sich über diese Zustände zu äußern, ab und zu auch einmal an die Bevölkerung in der Richtung zu appellieren, daß sie auch diese Opfer auf sich nehmen soll. Was soll bei solchen Reden herauskommen. Ein momentaner Erfolg draußen vielleicht. Aber eine Forderung unseres Zusammenarbeitens kann durch eine solche Schilderung unseres Verhältnisses zu den anderen Gewalten nicht herbeigeführt werden. Wir sollten uns nicht auseinanderreden, sondern wir sollten zusammenarbeiten, bis wir zum Frieden gekommen sind, und bis dahin alles Trennende möglichst beseitigen. Wir müssen es ja Ihnen anheim geben, ob Sie in dieser Richtung uns helfen wollen oder ob Sie, wie es jetzt den Anschein hat, das Verhältnis von Verhandlung zu Verhandlung immer schroffer gestalten wollen. Darauf haben wir keinen Einfluß. Dafür müssen wir Ihnen die Verantwortung überlassen. Was unsere Absicht ist, kann ich Ihnen mit wenigen Worten sagen: Wir werden, wie wir bisher unseres Weges gegangen sind, und versucht haben, es so gut als möglich zu machen, auch weiterhin unseres Weges gehen, weil wir wissen, daß dieser Weg nicht, wie Sie behaupten, weder zum militärischen Despotismus führen wird, noch zum Eroberungsfriedn, den Sie als unser Ziel hinzustellen versucht haben, sondern zu dem Frieden der Verständigung, den wir, wenn nicht alle, so doch jedenfalls in der weitaus überwiegenden Mehrheit dieses Hauses und innerhalb der Regierung gemeinsam anstreben. (Beifall.) Wir bitten Sie um Ihren Beistand. Wir werden nicht aufhören, diesen Weg weiter zu gehen, bis wir zum Sieg und zum Frieden gekommen sind. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): England allein hat Schuld, wenn unser Volk Not und Entbehrungen tragen muß. Wir führen immer noch einen Verteidigungskrieg. Wir verteidigen unser Dasein wie auch unsere Zukunft. Was uns den Frieden näher gebracht hat, ist nicht die Politik der Sozialdemokraten und der Friedensangebote, sondern lediglich der militärische Erfolg. (Bravo!) Die Regierung darf nicht angesehen werden als Vollzugsausschuß des Parlaments und besonders der Sozialdemokratie. Wenn Scheidemanns Reden längst vergessen sein werden, werden Hindenburgs Taten noch lange im deutschen Volke weiterleben. (Beifall.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden, aus dem Deutschland in Ehren hervorgeht. Was deutsch war, muß deutsch bleiben. Erfährt dies England, dann kommen wir dem Frieden näher. Wir dürfen diesen Schluß in Ehren aber nicht so verstehen, daß wir in allem nachgeben, und die Feinde dadurch das erreichen, was ihr Schwert nicht erlangen konnte.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wer hindert die Auflösung des Abgeordnetenhauses? Wer hält den Belagerungszustand aufrecht? Wer macht den Schutz der Schutzhäftler illusorisch? Wer hat die Wiederkehr der litauischen Abordnung nach Berlin verboten? Wer hat die Rede Kühlmanns zensiert? Alles die Oberste Heeresleitung. Zum verständnisvollen Zusammenarbeiten mit der Regierung ist volle Klarheit in der Friedensfrage notwendig.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wer hat das Ansiedlungswerk in Kurland kommandiert? Die Oberste Heeresleitung! Das ist ein Eingriff in die Zivilverwaltung. Helfen kann allein eine Kameraden-Massenstreik.

Damit schloß die allgemeine Aussprache.

In der Einzelerörterung wurde der Etat des Reichstags ohne Aussprache bewilligt. Beim Etat des Reichskanzlers forderte

Abg. Laszewski (Pole) Berücksichtigung der Wünsche des polnischen Volkes bei der Neugestaltung Polens. Die Friedenstaube drücke, solange sie den Stahlhandschuh anhabe.

Beim Etat des Auswärtigen Amts wurde auch der Friedensvertrag mit Rumänien verhandelt.

Abg. Freiherr von Richthofen (Natl.) erstattete den Bericht des Ausschusses und empfahl unveränderte Annahme der Verträge.

Abg. Graf Praschma (Ztr.) Die Abrechnung mit den Kriegshetzern können wir jetzt Rumänien selbst überlassen. Für uns muß die Wahrung des eigenen Interesses maßgebend sein. Wir brauchen Rumänien als Zwischenstation nach dem Orient. Es muß unter deutschem wirtschaftlichem und politischem Einfluß bleiben und ein guter Abnehmer unserer Produkte werden. Die Amtsdauer des Grafen Czernin kann als Hochkonjunktur der deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnispolitik angesprochen werden. Beide Regierungen mögen in Zukunft mit einem festen Programm in Friedensverhandlungen eintreten. In der Dobrudscha muß den Wünschen Bulgariens entsprochen werden. Die deutschen Kolonisten in Bessarabien wie überhaupt in Südrußland müssen in jeder Beziehung begünstigt werden. Die Frage der rumänischen Dynastie müssen wir der Entwicklung der Zeit überlassen. Die Verträge sind annehmbar, sie berücksichtigen die beiderseitigen Interessen, sodaß auch Rumänien sich mit ihnen abfinden kann.

Abg. Dr. Thoma (Natl.): Die schamlose Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien wird Rumänien für alle Zeiten zur Schande gereichen und verlangt strenglte Sühne. Die dritte bayerische Infanteriebrigade hat besonders darunter gelitten. Gesundheitlich wurde für die Gefangenen gar nicht gesorgt. Schwere Krankheiten, Hungertyphus, verzweifelte Fluchtversuche und schließlich Selbstmorde waren an der Tagesordnung. Die Vertreter der neutralen Länder haben Gutes geleistet, leider aber zu spät. Die Regierung hat beim Eintreffen der ersten Nachrichten völlig versagt. Spätestens am dritten Tage hätte eingegriffen werden müssen. Als Amerika noch unsere Schutzmacht war, ist zum Schutz der deutschen Kriegsgefangnen nichts geschehen, entgegen den damaligen Mitteilungen der Regierung.

Abg. Dr. Roeside (Kons.) Wir müssen Sühne verlangen für diese Greueltaten, um auch auf die übrigen feindlichen Staten abschreckend zu wirken. Die Verträge stellen keine auch verstecte Kriegsentschädigung dar. Im Gegenteil, Rumänien werden große wirtschaftliche Vorteile eingeräumt.

Oberst von Frankecki: Die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen war infolge des schleunigen Rückzuges der rumänischen Armee sehr schwer. Jetzt wird die Zahl der dort gestorbenen Deutschen festgestellt. So hoch, wie man annimmt, ist sie nicht.

Ministerialdirektor Dr. Kriege: Beide Forderungen, Sühne und Entschädigung, werden erreicht. Die Entschädigung steht bevor. Bezüglich der Sühne hatte die rumänische Regierung bereits Schritte unternommen, als wir vorstellig wurden. Wie gegen Rumänien werden wir gegebenenfalls auch gegen andere feindliche Länder vorgehen, eventuell gegen Frankreich. (Bravo! Beifall.)

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Schluß 1/4 9 Uhr.

# Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 3. Juli 1918.

Am Ministertische: Friedberg, Drews.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und legte den Antrag der Regierung auf Vertagung des Landtages vom 12. Juli bis 20. September vor.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war Beratung des Nachtrages zur Denkschrift über Beseitigung der Kriegsschäden in den von feindlichen Einfällen berührten Landesteilen.

Abg. von Plehwe (Kons.): Die Provinz Ostpreußen hat den Dank für den Wiederaufbau der Provinz dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie eine große Anzahl Stadtkinder zur Pflege aufgenommen hat.

Eine Anzahl Abgeordneter sprachen sich für möglichst schnelle Durchführung der Hilfsaktion aus.

Minister des Innern Dr. Drews: Zunächst möchte ich feststellen, daß aus allen Reden die Anerkennung dafür herausklang, was der preußische Staat in schwerer Zeit für Ostpreußen geleistet hat. Diese Leistungen sind zurückzuführen auf die hingebende Arbeit der Bevölkerung in Ostpreußen, dann aber auch auf die Mitarbeit, die der preußische Landtag mit der Regierung bei der Ausarbeitung der Grundsätze geleistet hat, die für die Entschädigung festgestellt worden sind. Dem Wunsch des Hauptausschuß Mitte August sich von dem Stande der Dinge zu überzeugen, wird die Regierung gern bereit sein, zu entsprechen. Es ist eine Revision der Pauschalsätze in Aussicht genommen. Nach dem jetzigen Entschädigungsmodus können die gänzlich Abgebrannten nicht zur vollen Entschädigung kommen. Wir sind deshalb mit den Reichsbehörden in Verhandlung getreten und werden hoffentlich in dieser Richtung zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Zur Beseitigung von besonderen Härten ist ein Dispositionsfonds in Aussicht genommen. Die Hauptsache bei der Hilfsaktion bleibt, daß sie sich von einem kleinlichen Geiste fernhält. (Lebhafter Beifall.)

Ab. Braun (Soz.): Die Forderung nach Ersatz der wirklich entstandenen Schäden ist gerechtfertigt; dem Versuche aber, durch die Entschädigung sich zu bereichern, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Abg. Gaigalat (b. k. Fr.): Den aus Ostpreußen Verschleppten sollten die Unkosten für ihre Rückkehr bezahlt werden. Auch eine Ermäßigung der Einkommensteuer sollte den durch den Krieg Geschädigten gewährt werden.

Hierauf wurde die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgte die Beratung des Antrages Heß (Ztr.) über die Handhabung der Sammlung von getragenen Kleidern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719180704 1-18/fragment/page=0002

Abg. Dr. Heß (Ztr.) begründete den Antrag, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, daß u. a. für abgelieferte Kleider dem Wert entsprechende Preise gezahlt werden, und daß Familien mit mehr als drei Kindern von der Abgabe befreit werden. Keine Kriegsverordnung hat so aufreizend gewirkt, wie die Verordnung von der Kleiderabgabe. Leider wird gerade mit Kleidern ein schamloser Schleichhandel getrieben. Wir verlangen, daß neue Grundsätze und angemessene Preise festgestellt werden.

Abg. Conrad (kons.): Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß man auf dem Wege des Staatskommunismus in derselben Weise fortschreitet, wie es jetzt den Anschein hat. Über die Abgabepflicht von Kleidern müssen gewisse Grundsätze festgelegt werden. Alte Militäruniformen sollten zu Arbeitskleidungen verwandt werden. Das Volk ist gern bereit durchzuhalten, wenn aber Worte gesprochen werden, der Krieg kann noch 30 Jahre dauern, so ist das nicht geeignet, das Durchhalten zu erleichtern.

Ein Vertreter der Reichsbekleidungsstelle: Die Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle sind das Ergebnis langwöchiger Verhandlungen zwischen den maßgebenden Stellen des Reichswirtschaftsamts, der Heeresverwaltung und den Vertretern der größeren deutschen Bundesstaaten. Die Maßnahmen sind, und zwar in unrichtiger Weise infolge einer Indiskretion, durch die Presse gegangen, und es ist ihnen, das Gift der falschen Information zu beseitigen. Die Versorgung der Kriegsbetriebe mit Kleidung ist unbedingt erforderlich. An Preisen müssen wir das zahlen, was die abgegebenen Kleidungsstücke wirklich Wert haben. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, keine Gewinne zu machen. Es handelt sich auch nicht um Zwangsabgaben, also auch nicht um Beschlagnahme und Enteignung. (Widerspruch links.) Die ganze Einrichtung ist von vornherein als eine freiwillige Abgabe getroffen worden. (Widerspruch links.) Die Kommunalverbände sind angewiesen, nur diejenigen Kreise heranzuziehen, die wirklich leistungsfähig sind. Sollte es überhaupt einmal zu einem Zwange kommen, so werden nur diejenigen Kreise herangezogen werden, bei denen die Entbehrlichkeit der Kleidungsstücke außer Frage steht. Auch auf die schwierige Lage des Mittelstandes wird Bedacht genommen werden.

Hierauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, 12 Uhr. Außerdem fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlagen, Antrag auf Vertagung des Landtages.

Schluß 6½ Uhr.

# Statt Nordamerikaner ein Amazonenheer?

Die letzte Hoffnung unserer Feinde bildet bekanntlich Nordamerika. Nachdem alle anderen Faktoren, auf die man in den amtlichen Pariser und Londoner Kreisen tatsächlich oder angeblich gerechnet hatte, den so oft angekündigten Umschwung zum „endgültigen Siege" des Verbandes nicht herbeigeführt haben, vertrösten die französischen und englischen Staatsmänner die mißmutig werdenden Völker neuerdings immer wieder mit der bestimmt rechtzeitig eintreffenden Hilfe Nordamerikas. Aber in Frankreich kann schließlich doch wohl ein jeder, der nicht die Augen absichtlich verschließt, von Woche zu Woche deutlicher erkennen, daß die Truppen aus der Union infolge der deutschen U-Bootarbeit mur paketweise landen und die halbamtlichen Zahlen über das Anwachsen der Armee General Pershings auf frommen Betrug des beunruhigten französischen Volkes hinauslaufen. Die Pariser Offiziösen müssen daher immer wieder etwas Neues ausdenken, um die wachsende Nervosität der Franzosen zu bannen. Daß sie dabei auf echt französische Einfälle geraten, ist ja natürlich, wenn es auch den Nichtfranzosen, zumal uns ernster gerichtete Deutsche, etwas eigenartig anmutet. So läßt sich jetzt der „Matin", dessen Beziehungen zu Regierungskreisen offenkundig sind, aus New-York melden, daß sich in Nordamerika viele Frauen, zumal dort lebende Französinnen, zum Heeresdienste meldeten. Es wäre sonach, wenn man dieser Nachricht Glauben schenken will, in absehbarer Zeit die Landung eines großen Amazonenheeres in Frankreich zu erwarten. Und zwar würde dies Hilfsheer für die Franzosen ganz besonders interessant sein und eine hervorragende Wirksamkeit verheißen, da es erstens aus Amerika, dem Lande der Hoffnung, kommen und zweitens großenteils aus Französinnen bestehen soll, von denen man an der Seine ja annimmt, daß sie einen unwiderstehlichen Eindruck auf die Männerwelt, zumal der „Barbaren", machen. So haben die Franzosen wieder einen Gegenstand, mit dem sich ihre Phantasie erwartungsvoll beschäftigen kann, um leichter über die Nöte der Stunde, die Sorge wegen der bedrohlichen Pläne Hindenburgs hinwegzukommen. Der Einfall des „Matin" oder seines findigen Berichterstatters in New-York ist also noch gar nicht so schlecht vom französischen Standpunkt aus; er ist eine nicht üble Berechnung auf die psychologische Eigenart des Völkchens an der Seine und mag bis zu einem gewissen Grade die gewünschte Wirkung ausüben, wenigstens in Frankreich.

Sollte der Zweck der Meldung allerdings zugleich der sein, auch in Deutschland Eindruck hervorzurufen, so muß sie als völlig verfehlt bezeichnet werden. Wir wollen ja nicht einmal der Neigung nachgehen, die Nachricht des „Matin" nur erheiternd auf uns wirken zu lassen; wir verkennen die ernste Seite an ihr nicht. Was aber besagt sie da? Auch sie zeigt uns die Nöte Frankreichs in grellem Lichte. Man würde den Gedanken, ein Heer von Frauen über den jetzt so unsicheren Ozean zu schaffen, gar nicht anschneiden, wenn nicht die Lage Frankreichs selbst verzweifelte Mittel erforderte. Es fehlt dem erschöpften, verblutenden Lande an Menschen. Auch die bedenklichsten Maßnahmen, die Masseneinfuhr von Farbigen, Schwarzen, Braunen und Gelben aus Afrika und Asien hat die Lücken im französischen Heere und der französischen Arbeiterschaft nicht ausfüllen können. Man berichtete daher neuerdings des öfteren, amerikanische Arbeiter würden in die Kriegsindustrie Frankreichs eingestellt. Aber das könnte doch wohl nur auf Kosten der Armee Pershings geschehen und zum Schaden der Kriegsbetriebe in der Union. So kommt man denn jetzt mit der Nachricht von der Bildung eines nordamerikanischen Amazonenheeres, das zur Befreiung Frankreichs von den „Barbaren" aufgestellt werde. Ob der Meldung etwas Wahres zugrunde liegt oder nicht, auf alle Fälle ist sie ein neues Eingeständnis der Notlage Frankreichs.

# Das französisch-englische Verbrechen an der weißen Rasse

Von einem Kameruner.

Als im Innern Kameruns am 11. August 1914 amtlich bekannt wurde, daß wir auch mit England Krieg haben und ich der Besatzungstruppe des an der englischen Grenze liegenden Bezirkes mitteilte, daß sie nun gegen die Engländer kämpfen müsse, trat der farbige Feldwebel dieser Truppe vor die Front und sagte: „Massa, wir werden unsere Sache schon gut machen, aber, nicht wahr, auf die weißen Engländer dürfen wir doch nicht schießen?" Diese kleine, kurze Anfrage spricht Bände, und ich werde nie die erstaunten Gesichter der treuen, alten, schwarzen Soldaten vergessen, als ich ihnen antworten mußte, daß sie selbstverständlich in erster Linie auf die weißen Engländer schießen müßten; sie, die bisher immer, mit Ausnahme vereinzelter verdorbener Küstenneger, den Glauben hatten, daß ein Gott die Weißen und ein anderer Gott die Schwarzen geschaffen habe. Diesen Glauben werden die Schwarzen nun wohl nicht mehr auf ihre Kinder weiter vererben; mag das Ende des Weltkrieges ausfallen, wie es will, mit dem Respekt vor der weißen Rasse ist es aus. Sowohl die englischen Offiziere, die wir in Kamerun gefangen hatten, als auch die englischen Offiziere, die mich ein Jahr später zum Gefangenen machten, haben ganz offen ausgesprochen, sie seien mir uns einer Meinung, daß der Krieg nie auf die Kolonien hätte ausgedehnt werden dürfen. Ich habe es ihnen damals noch geglaubt. Aber jetzt wissen wir, daß die Kolonialengländer selbst unsere Kolonisten gänzlich unwürdig behandelt, englische Beamte in der Südsee die Unsrigen von Negern öffentlich auspeitschen ließen und in Westafrika duldeten, daß Franzosen unsere Kameruner grausam folterten. Wer noch nicht weiß, wie schändlich sich in krassem Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung Engländer und Franzosen benommen, der lese Grimms Buch „Der Oelsucher von Duala" (Illustrierung), über die Leiden und Greuel, welche unsere Kolonialdeutschen aus Kamerun und Togo in Westafrika durchzumachen hatten.

Der Held des Buches ist der junge Hamburger Kaufmann Kersten Düring, der als Opfer der französischen Grausamkeit im Gefangenenlager Abomey der französischen Kolonie Dahomey gestorben ist. Düring konnte es im väterlichen Kontor in Hamburg nicht aushalten, es trieb ihn hinaus; in einer amerikanischen Fabrik erzählte ihm ein Mitarbeiter über die unerforschten Urwälder Afrikas; er faßte den Entschluß, den Gerüchten von Petroleumvorkommen in Kamerun auf den Grund zu gehen und reiste nach Duala, der Hauptstadt Kameruns. Grimm, selbst Kolonialmann, schildert in bunter Reihenfolge meisterhaft das Leben und Treiben in dieser Hauptstadt unserer reichsten Kolonie, dann das Leben eines Pioniers im Urwalde, die Epoche des tropischen Waldes, das Leben der Schwarzen in einem Dorfe im Innern, wo der Oelsucher bei den Vorarbeiten vom Kriege überrascht wird. Im 2. Teil des Buches, für den der Verfasser durchaus authentisches Material, welches auch in einer Denkschrift des Reichskolonialamts niedergelegt ist, benutzt hat, sehen wir, mit welchen Mitteln England und Frankreich gearbeitet hat, um Deutschlands Ansehen im Auslande zu schmälern. Nachdem Duala ohne Kampf von den Feinden besetzt war, ließen englische und französische Offiziere unter der glühenden Tropensonne die wehrlose Zivilbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, ohne daß ihnen Zeit gelassen wurde, ihr Hab und Gut zu verpacken, antreten und auf schmutzige Frachtdampfer verladen. Die Gefangenen waren von der Willkür eines Oberstewards abhängig, der, als sie Messer und Gabel zum Essen verlangten, sagte, „sie könnten auf dem Boden mit den Händen fressen". Sie wurden von schwarzen Soldaten mit Kolbenstößen getrieben, während an Land ihre Wohnungen der Plünderung durch die Dualaneger und Soldaten der Verbündeten preisgegeben waren. Denn wurden die Männer von den Frauen getrennt; 226 Männer aus Kamerun und Togo mußten, gänzlich unausgerüstet für einen afrikanischen Marsch, 600 Kilometer ins Innere von Dahomey marschieren; wer krank zusammenbrach, wurde mit Gewalt vorwärtsgetrieben. Als der französische Hauptmann, der den Transport leitete, die Verantwortung ablehnte und bei den Vorgesetzten um Aufschub bat, wurde er abgelöst. In Abomey sind sie dem früheren Inspektor eines Negerzuchthauses, mit Namen Vénère, preisgegeben. Unter der glühenden Tropensonne müssen diese Armen täglich zehn Stunden die gewöhnlichsten Arbeiten eines Negers verrichten, schlafen auf dem Lehmboden ohne Moskitonetz, erhalten keine ärztliche Hilfe und werden, wenn sie vor Mattigkeit oder Krankheit zusammenbrechen, in ein besonderes Gefängnis, in dem sie von Negern ausgepeitscht werden, geleckt; der Adjutant Vénère läßt ihnen zwölf Stunden lang Daumschrauben anlegen und peitscht, sobald sie festgebunden sich nicht rühren können, selbst drauf los. Diese furchtbaren Leiden der Kolonialdeutschen, die unbewehrt und schutzlos den unmenschlichen Grausamkeiten der verbierten Feinde preisgegeben waren, haben in Grimms Buch erschütternden Ausdruck gefunden.

Auch in England scheint es zu dämmern, daß der Kolonialkrieg mit seinen grauenhaften Begleiterscheinungen sehr unerwünschte Folgen zeitigen müsse. So schreibt ein Kenner afrikanischer Verhältnisse in der „Times" vom 20. Dezember 1916: „Das Eine ist gewiß, der weiße Mann kann die Schwarzen Afrikas nicht lehren, wie man seinen weißen Bruder tötet, ohne damit viele der ethischen Grundsätze niederzureißen, auf welchen die europäische Herrschaft in Afrika sich gründet."

### Der türkische Finanzminister in Berlin

Berlin, 3. Juli. Der türkische Finanzminister Dschawid Bei ist von Wien kommend heute vormittag hier eingetroffen.

### Die finnischen Guthaben in Deutschland

Kopenhagen, 2. Juli. „Berlingsks Tidende" meldet aus Helsingfors: Der Senat hat Schritte unternommen, um die bei Kriegsbeginn beschlagnahmten finnischen Guthaben in Deutschland ausgezahlt zu erhalten. Im Februar wurden von Deutschland acht Millionen Mark freigegeben. Rückständig sind noch 21 Millionen.

### Die schwere Explosion in einer englischen Granatenfüllfabrik

London, 3. Juli. Reuter. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Munitionsministeriums Kellaway teilte mit: Man glaubt, daß die Zahl der bei der Munitionsexplosion in den Midland tödlich Verunglückten 100 erreichen wird. Verwundet wurden über 100. Die Arbeit wurde schon wieder aufgenommen.

Nachdruck verboten.

# Da oben in Pommern

33] Roman von Horst Bodemer

Da knarrte die kleine Pforte, die zur Patronatsloge führte. Graf Sigismund Kraft betrat sie, in schwarzem Gehrock, den Zylinder in der Hand. Im Hintergrunde, im Halbdunkel blieb er stehen. Einen Augenblick hielt der Pfarrer in seiner Rede inne. Sein Herzschlag setzte aus, um dann kräftig zu hämmern. Aber jetzt hatte er keine Zeit über die Beweggründe nachzudenken, die seinen Patron herbeigeführt. Das Brautpaar wartete auch auf den Segen Gottes durch priesterliche Hand. Und als er ihn erteilt, reckte er sich hoch auf, während das junge Paar sich von den Kissen erhob. Seine Augen überflogen die Schar der Evangelisten, die dichtgedrängt hinter dem Brautpaar auf dem Platz vorm Altar und in den ersten Bänken stand.

Es geschah etwas Ungewöhnliches. Der Kantor hatte sich auf seinem Orgelsitz umgedreht und wartete auf ein Zeichen des Pfarrers, mit dem Schlußliede einzusetzen. Aber es erfolgte nicht.

„Meine Lieben", hob er mit lauter Stimme an. „Daß wir heute den Segen Gottes auf dieses gläubige Paar herabflehen konnten, verdanken wir unserem Patron. Wir danken es ihm wohl alle, daß er auf ihren Herrn und Heiland festgegründeten, fleißigen Menschen eine gute Arbeitsstätte bereitet. Beugen wir unsere Knie in Demut vor dem gewaltigen Gott und beten wir!"

Ein Rauschen ging durch die volle Kirche. Wie der Pfarrer als letzter niederkniete, warf er einen Blick nach der Patronatsloge, er hatte den Grafen Sigismund Kraft, an dem viele Augen hingen, auf die Knie gezwungen.

„Herr, du erforschest uns und kennest uns! Vor dir liegt jedes Herz offen! Vor dir bleibt nichts verborgen! Habe Dank für all deine Güte, die du heute so sichtbar an dem Paare bewiesen, das mit uns vor dir im Staube liegt! Habe Dank, daß du den Patron unserer Kirche nach langer Wanderfahrt wieder heimgeführt. Sei ihm, sei seiner Seele insonderheit gnädig! Dies treue Paar, das soeben an deiner heiligen Stätte sich Treue gelobt, es wird die Treue auch halten dem Patron dieser Kirche, der ihnen eine lichte Zukunft gegeben. Herr, wir danken dir, daß du sein Herz zu solcher Güte bewegt! Wir bitten dich, leite ihm auch fernerhin seine Seele, dieser Kirche, all denen, die sein Brot essen, zum Segen! Darum bitten wir dich in brünstigem Gebete! Reiche deine starke Hand dem Grafen Sigismund Kraft-Multenin, damit er nicht aufhört zu handeln nach deinem Wohlgefallen! Amen!"

Und wieder ging ein Rauschen durch die Kirche, alles erhob sich von den Knien, der Pfarrer gab ein Zeichen, die Orgel setzte mit dem Vorspiel ein und zu dem Liede: Laß mich dein sein und bleiben, du treuer Gott und Herr!

Als aus vollen Herzen die ersten Worte des Liedes erklangen, schlich der Patron dieser Kirche leise aus seiner Loge! Und als das Lied geendet, trat der Pfarrer an das Brautpaar und streckte ihm lächelnd beide Hände entgegen. Man drängte sich um ihn, schüttelte ihm stumm, mit glänzenden Augen, seine Rechte. und dann schritt er, die Bibel fest im Arm, aufrecht und stolz durch den Mittelgang des Schiffes dem Ausgange zu. In den Bänken standen die Leute, nickten ihm freundlich zu, andere erwarteten ihn an der Kirchtür. Die Hüte flogen von den Köpfen. Hier und da redete er den einen und die andere an. Und als er, in Sonnegold gebadet, auf sein Wägelchen zuging, sagte er leise:

„Um deine Seele ringe ich mit dir, Sigismund Kraft!"

## Neunzehntes Kapitel.

Sigismund Kraft hatte in heller Wut das Gotteshaus verlassen. Was erlaubte sich dieser junge Mann mit ihm?! Er ließ sich von diesem grünen Menschen nicht schurigeln. Aber bleiben hatte er müssen, bis die Salbaderei ein Ende genommen! Wenn ihm der Teufel nicht leid getan, fuhr er jetzt zum Vorwerk hinaus, auf dem Hochzeitsschmaus auf seine Kosten abgehalten wurde, und setzte das junge Ehepaar an die Luft! Er hatte den Mann zum Vogt gemacht, weil er ihm gefallen und weil es ihm gerade in den Kram gepaßt hatte. Aus keinem anderen Grunde! Vor Wut knirschte er mit den Zähnen, an irgendeinem mußte er seine böse Laune auslassen. In Multenin konnte das heute nicht sein, sonst sagte die Bande: Er hat sich über unsern Pfarrer geärgert! Das stimmte ja, aber zeigen wollte er es vorläufig doch nicht, daß ihm der Tropf die Galle ins Blut getrieben. Der bekam seine ganz gehörige Quittung ein andermal!"

Kraft klingelte, sobald er sein Zimmer betreten, den Diener.

„Zucker anspannen lassen! — Grauen Anzug zurechtlegen!"

Ein bequemer Herr war er nicht, aber er bezahlte seine Angestellten gut. Oft war er in den letzten Wochen erst gegen Morgen heimgekommen — aus Bublitz. Dort traf er sich mit einigen Herren aus der Nachbarschaft und die Portweinflasche kreiste, bis man sich mit roten Köpfen und schwankenden Knien erhob. Sie waren nicht viel wert, die „guten Freunde", Nörgler und Krakeler, die auf Prump bis zur nächsten Ernte lebten und die sich dann wunderten, und schimpften über ihr hohes Konto. Und wenn die Vieh- und Getreidepreise noch so hoch standen, bei ihnen blieb „ein Laufeverdienst".

Traf Sigismund Kraft einmal mit gediegenen Menschen zusammen, mit denen er einst unter einem Tische seine Füße gestreckt, so drückte man ihm höflich aber sehr förmlich die Hand, erkundigte sich fünf Minuten mit dem Anschein von Teilnahme nach seinen südwestafrikanischen Erlebnissen und entfann sich dann plötzlich, daß man noch ein dringendes Geschäft zu erledigen hatte.

Mit hängenden Mundwinkeln sah ihnen jedesmal der Graf nach, wenn sie sich eilig von dannen stahlen. Es war ja in der Tat eine saubere Gesellschaft, in die er geraten war! Wer aber sechs Jahre in der Namib wie ein Buschklepper gelebt, der verlernt das Wählerischsein! Und die heißen Tage und bitterkalten Nächte da unten hatten doch seine Nerven höllisch mitgenommen! Eine Unruhe war über ihn gekommen, die so ganz anders aussah, wie die Unrast damals in der fröhlichen Jugendzeit! Er wollte es nicht zugeben, aber mußte es schließlich doch! Das hübsche Mädel, die Dorothee Meisenbach, spukte ihm Tag und Nacht durch den Kopf. Wie er sie zum ersten Male gesehen, hatte er gedacht: „Alle Wetter, mit der werd' ich ein bischen rumflirten, was soll man auch in dieser langweiligen Ecke anders anfangen?!" Aber gerade mit der war das „Rumflirten" nicht so einfach, die war aus hartem Holze! Hatte etwas, was zum Kampfe herausforderte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719180704 1-18/fragment/page=0003

# Provinz Sachsen und Umgebung

Esp. **Stendal**, 3. Juli. (**Wohnungen für kinderreiche Familien.**) Zur **Wohnungsfrage** hat die letzte Kreissynode Stendal soeben nachfolgende Kundgebung einmütig angenommen:

„Die Kreissynode Stendal mißbilligt die außerordentliche Erschwerung, für kinderreiche Familien geeignete Wohnungen zu finden. Wenn sie auch einerseits anerkennt, daß in vielen Fällen, besonders bei Beamten, höhere Mietsentschädigung die Schwierigkeiten erheblich mildern würden, so ist sie andererseits doch der Meinung, daß um der Zukunft des Volkes willen in größerem Maßstabe Wohnungen für kinderreiche Familien geschaffen werden müssen, und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung Maßnahmen gegen das unvaterländische Verhalten vieler Bodenbesitzer und Hausbesitzer ergreift."

— **Dessau**, 2. Juli. (**In der 20. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer**) wurden zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden Geheimer Oekonomierat Saeuberlich-Gröbzig und Geheimer Oekonomierat Sperling-Buhlendorf wiedergewählt. Der Beitrag zur Zerbster landwirtschaftlichen Winterschule wurde von 1000 auf 1500 Mark erhöht. Der Voranschlag wurde auf 104 225 Mark festgesetzt. Kreisdirektor Geh. Regierungsrat Dr. Gutknecht als Leiter des Herzoglichen Landesernährungsamtes ersuchte die anhaltische Landwirtschaft, auch im nächsten Geschäftsjahre durch ebensolche bereitwillige gewissenhafte Pflichterfüllung zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes beizutragen. Im besonderen sei es nötig, trotz der anerkannten Unrentabilität der Milchwirtschaft, die sich auch durch eine in Vorbereitung befindliche Erhöhung der Milchpreise nicht wieder beseitigen lasse, die bisherige Milcherzeugung nicht nur zu erhalten, sondern möglichst auch noch zu steigern. Er ersuchte um beschleunigte Abgabe von Früchdruschgetreide, damit die Beibehaltung der bisherigen Brotration möglich wird. Nach erläuternden Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Georgs haben die preußischen Landwirtschaftskammern während des Krieges mehrfach Grundstücke und Güter erworben. Auch für die anhaltische Landwirtschaftskammer sei ein derartiges Vorgehen zu empfehlen. Auf dem Gute sollten in erster Linie Kriegsbeschädigte mit amputierten Gliedern als landwirtschaftliche Arbeiter ausgebildet werden.

— **Sonneberg**, 3. Juli. (**Die Handels- und Gewerbekammer für den Kreis Sonneberg**) nahm nach einem Bericht des Geheimen Kommerzienrats Croemer über „Drohende Gefahren in der Uebergangswirtschaft" folgende Entschließung mit allen gegen eine Stimme an:

„Die Kammer nimmt entschieden Stellung gegen ein System staatssozialistischer Uebergangs- und Friedenswirtschaft. Sie erkennt in der wirtschaftlichen Freiheit die einzige Möglichkeit, Gewerbe, Handel und Industrie wieder auf die frühere Höhe emporzuheben; sie ist der Meinung, daß die Kreise, die den Weltmarkt zu erobern und zu beherrschen verstanden, auch ungehindert berufen sein sollen, das Verlorene wiederzugewinnen."

— **Apolda**, 3. Juli. (**Der Großindustrielle Julius Kollmann**), Inhaber der weltbekannten Firma Zimmermann & Sohn, wurde durch die Ernennung zum großherzoglich-sächsischen Kommerzienrat ausgezeichnet.

— **Meiningen**, 3. Juli. (**Erhebung in den Adelstand.**) Der Herzog von Sachsen-Meiningen hat dem Fabrik- und Rittergutsbesitzer Walther Belve in Altena (Westfalen) den erblichen Adel verliehen.

S. & H. **Zerbst**, 3. Juli. (**Eine zeitgemäße Erfindung**) soll dem Direktor des hiesigen städtischen Gaswerks geglückt sein, deren Folgen in der Zeit der Gas- und Kohlennot für die Bevölkerung doppelt erfreulich sein würden. Der Leiter des Gaswerks hat angeblich ein Verfahren entdeckt, um auch aus dem entgasten Koks noch beträchtliche Mengen Gas zu ziehen, die man mit den bisherigen Mitteln nicht freibekommen konnte. Die Folge dieser Erfindung hat sich für die Stadt Zerbst bereits insofern gezeigt, als man hier in der vergangenen Zeit wesentlich bessere Gasverhältnisse hatte als in anderen Städten. Es hat sich hier bereits eine Koksgas-Betriebsgesellschaft gebildet, die die neue Erfindung ausnützen will. Das Stammkapital der Gesellschaft ist auf 100 000 Mark bemessen worden, wovon der Magistrat Zerbst einen Betrag von 10 000 Mark übernommen hat.

— **Ellenburg**, 3. Juli. (**Ein Fall zur Warnung.**) Als die in der Bahnhofswirtschaft bedienstete 19jährige Emma Kirkamm an dem zur Fahrt nach Halle bereitstehenden Zug entlang ging und den Reisenden Getränke anbot, hielt ihr ein Soldat aus dem Abteil heraus beim Bezahlen im Scherz die Hand fest. Der Zug hatte sich inzwischen in Bewegung gesetzt, das junge Mädchen lief immer noch an der Hand festgehalten, nebenher und überfah dabei einen an der Seite des Bahnsteiges stehenden Kofferkarren. Sie stolperte und fiel unter den fahrenden Zug. **Völlig zermalmt** wurde das junge Mädchen von den Schienen gezogen.

— **Belzig**, 3. Juli. (**Die schnarchenden Diebe.**) Mit ihrer nächtlichen Diebesbeute hatten sich kürzlich drei Spitzbuben in ein Roggenfeld des zum Rittergute Golzow gehörenden Vorwerks Hamerdamm geschlichen, wo sie einschliefen. Durch das laute Schnarchen der Diebe wurde Frau Sch. aus Golzow, die mit ihrer Magd neben dem Roggenschlage Kartoffeln hackte, aufmerksam. Das junge Mädchen schlich sich in das Roggenfeld, wo es dann die dort lagernden Spitzbuben gewahrte. Durch den lauten Schreckensruf erwachten die Diebe und nahmen unter Zurücklassung ihrer Rucksäcke, die mit Speck, Schinken usw. angefüllt waren, Reißaus. Die Verfolgung blieb wegen des starken Regens ohne Erfolg.

# Aus Halle und Umgebung

Halle, 4. Juli.

## Welche im Haushalt vorkommenden Zahlungen begleicht man bargeldlos?

Derjenige, der es unternimmt, dem bargeldlosen Zahlungsverkehr neue Anhänger zu werben, erhält oft auf seine Anregungen Antworten wie folgende: „Ja, was Sie mir sagen, ist ja alles schön und gut. Ich wäre ja auch gern bereit, mir ein Konto bei einem Geldinstitut anzulegen, aber ich kann das Konto ja doch nicht benutzen, weil ich keine Zahlungen, die ich dafür eignen, zu leisten habe." Oder „Ich bin kein Freund von Borg- und Anschreibewirtschaft, ich zahle alles bar beim Kaufmann, und das sind dann so kleine Beträge, daß es sich nicht lohnt, sich erst viele Schreibereien zu machen." Solche Einwände haben natürlich einen berechtigten Kern. Es ist wirklich nicht erwünscht, Zwergbeträge durch Scheck oder Ueberweisung zu zahlen. Niemand wird etwa auf der Straßenbahn das Fahrgeld durch Bankanweisung begleichen. Aber es gibt in jedem Haushalt eine Menge von Zahlungen, die sich trotz der Geringfügigkeit des Betrages zur bargeldlosen Begleichung eignen. Das sind vor allem alle regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen. Gas, Wasser, Elektrizität, Schulgeld, Steuern, Lebens-, Feuer-, Unfall-, Hagel-, Haftpflicht- und ähnliche Versicherungsbeiträge, Miete, Pacht usw. werden viel bequemer bargeldlos beglichen. Es genügt ein einmaliger Antrag bei der das Konto führenden Anstalt, die diese periodischen Zahlungen dann gern übernimmt. Man braucht selbst nicht mehr daran zu denken und ist der Sorge, durch Versäumnis Unannehmlichkeiten zu haben, ledig. Den Zahlungsempfängern, besonders wenn es sich um Kommunen, Behörden oder große Gesellschaften handelt, ist zudem fast immer die bargeldlose Zahlung viel erwünschter als Bargeld.

Eine weitere Art in jedem Haushalt vorkommender Zahlungen sind Bestellungen. Jeder wird einmal in die Lage versetzt werden, irgendwelche Waren außerhalb seines Wohnortes zu bestellen, sei es, daß er in der Zeitung ein besonders günstiges Angebot gelesen hat, sei es, daß es sich um Waren handelt, die am Orte nicht erhältlich sind. Bisher wurden diese Warenlieferungen durch Postanweisung, Geldbrief oder allenfalls die blaue Zahlkarte beglichen. Alle diese Zahlungsarten sind aber mit besonderen Umständen und Kosten verknüpft. Die Postanweisung kostet schon für Beträge unter 5 Mark 10 Pfg. + 5 Pfg. Bestellgeld. Die Kosten steigern sich bei Beträgen von 800 Mark auf 65 Pfg., bei höheren Beträgen muß sogar ein zweites Formular ausgefüllt werden. 1000 Mark kosten schon 60 + 30 Pfg. + 10 Pfg. Bestellgeld, also 1 Mark. Bei einem Wertbrief treten zu den Portokosten noch die Kosten für Siegellack und den aus besserem Papier hergestellten, daher teueren Briefumschlag. Die blaue Zahlkarte ist zwar billiger, entbindet aber, wie die anderen Beförderungskarten, nicht von dem Gange zur Post, dem damit verbundenen Warten usw. Wie einfach ist dagegen die bargeldlose Zahlung! Da die größeren Versandhäuser fast stets ein Konto haben, so kann man sich der Uebermeisung bedienen, die völlig kostenlos ist. Die einzige Arbeit ist das Ausfüllen eines Formulars. Aber geschrieben muß ja auch bei Postanweisung, Geldbrief und blauer Zahlkarte werden. Die bargeldlose Zahlungsweise ist in diesen Fällen wiederum der billigste und bequemste Weg. Es gibt kaum einen Haushalt, der nicht Gelegenheit hätte, sie oft anzuwenden.

## Auswechslung der Türklinken und Fenstergriffe

Amtlich wird mitgeteilt: Die behördliche Organisation der Ersatzbeschaffung der beschlagnahmten Türklinken und Fenstergriffe dient in erster Linie den Interessen der Hausbesitzer selbst, einmal im Hinblick auf die an die Knappheit an Rohstoffen und Arbeitskräften bedingten Schwierigkeiten, andererseits auch im Hinblick auf die Gefahr einer Benachteiligung durch Preistreiberei der Lieferer und Zwischenhändler. Daher ist vorgesehen, daß kein Hausbesitzer für die von der Heeresverwaltung gelieferten vollwertigen Ersatzstücke mehr zu zahlen braucht, als er für die abgelieferten Stücke aus Messing und Bronze erhält. Ueberseigt der Metall-Ueberwahrpreis die Kosten des Ersatzes, so wird die Differenz dem Ablieferer ausgezahlt. Im gegenteiligen Falle wird die Differenz durch einen Zuschuß des Reiches ausgeglichen. Durch dieses weitgehende Entgegenkommen der Reichs-Finanz-Verwaltung ist ein unmittelbarer finanzieller Schaden bei der Ersatzbeschaffung für die Hausbesitzer ausgeschlossen. Diese Vergünstigungen gelten jedoch nur in dem Falle, in dem die Lieferung der Ersatzgegenstände, der Aus- und Einbau von der Behörde erfolgt, aber nicht, wenn die Ersatzgegenstände selbst gekauft und eingebaut werden.

Im einzelnen gelten für die Auswechselung der Türklinken und -griffe folgende Gesichtspunkte:

1. Die Ablieferung braucht erst zu erfolgen, wenn Ersatzstücke zur Verfügung stehen.

2. Der zur Ablieferung Verpflichtete kann die abzuliefernden Metall-Türklinken und -Fenstergriffe selbst ausbauen und die Ersatzstücke auch selbst einbauen. Für den Ausbau der abzuliefernden Metall-Türklinken und -Fenstergriffe wird außer dem Ueberwahrpreis eine besondere Ausbauvergütung gewährt, vorausgesetzt, daß der von ihm selbst vorgenommenen Einbau der Ersatzstücke nicht.

3. Im Falle der zur Ablieferung Verpflichteten den Aus- und Einbau selbst vornimmt, kann er sich die Ersatzstücke entweder im freien Handel beschaffen, soweit sie dort verfügbar sind, oder er kann die von der Behörde beschafften Ersatzstücke an den von den Kommunalverbänden noch namhaft zu machenden Stellen kaufen.

4. Die von der Behörde beschafften Ersatzstücke werden zu folgenden Einheitspreisen abgegeben:

| | |
|---|---|
| 1 Paar Ersatztürdrücker ohne Langschild zu | 2,50 M |
| 1 Paar Ersatztürdrücker mit Langschild zu | 3,50 „ |
| 1 Paar Ersatztürdrücker mit Langschild und Nachriegel | 4,50 „ |
| 1 Fenstergriff | 1,00 „ |

5. Wenn der zur Ablieferung Verpflichtete selbst einbaut, so steht es ihm frei, die Langschilder vorläufig noch an den Türen zu belassen und nur die Türdrücker und die Fenstergriffe abzugehen. Er muß allerdings damit rechnen, daß möglicherweise nach einer gewissen Zeit auch die Langschilder von ihm noch eingefordert werden; dann ist er verpflichtet, auch noch diese selbst auszubauen.

6. Wenn der zur Ablieferung Verpflichtete weder die Ersatzstücke selbst beschaffen noch den Ausbau der Metall-Türklinken und -Fenstergriffe und den Einbau der Ersatzstücke selbst vornehmen will, so kann er bei der beauftragten Behörde die Lieferung der Ersatzstücke auf dem vorgeschriebenen Meldevordruck und die Durchführung des Aus- und Einbaues auf dem vorgeschriebenen Antragsvordruck verlangen. In diesem Falle werden von der Behörde Ausbaukolonnen in die Häuser geschickt, welche die metallenen Türklinken einschließlich Langschilder und die Fenstergriffe abnehmen und zug um zug die Ersatzstücke anbringen. Bei dieser Art der Durchführung erhält der Hausbesitzer lediglich den von der Behörde festgesetzten Ueberwahrpreis nach Abzug des Kaufpreises für die behördlich gelieferten Ersatzstücke; aber keine Ausbauvergütung, die der Ausbaustelle zufällt. Der Einbau der Ersatzstücke wird von der Ausbaustelle für den Betroffenen kostenlos durchgeführt. Diese Art der Auswechselung ist daher für den zur Ablieferung Verpflichteten mit der geringsten Mühe verknüpft.

— **Das Eiserne Kreuz erster Klasse** wurde dem Leutnant in einem Pionier-Reg. Dr. ing. Eugen Pietschmann, unserem Stadtbaumeister, für tapferes Verhalten in der letzten Offensive in Frankreich und dem hiesigen Universitätsbedell Höffner Leutnant in einem Reserve-Feldart.-Reg. verliehen.

—**Ueber 11 000 Kilogramm Frauenhaar** in zwei Jahren hat die einzige deutsche Frauenhaarsammlung vom Roten Kreuz in Magdeburg bis Anfang Mai dieses Jahres für vaterländische Zwecke in vorbildlicher Tätigkeit erzielt. Ursprünglich war 1916 der Gedanke entstanden, Frauenhaar zur freien Verwertung zu sammeln. Die Hauptstelle Magdeburg sollte die Verarbeitung und Verteilung übernehmen und den Gewinn nach Maßgabe der beschafften Mengen an die liefernden Einzelstellen verteilen. Dieser erste Plan wurde hinfällig, weil im März 1917 die Kriegsrohstoffabteilung in Berlin erklärte, Frauenhaar sei ein wichtiger Kriegsrohstoff als Ersatz für Leder, Kamelhaar und Mohair, insbesondere notwendig zur Herstellung von Treibriemen. Statt einer Verarbeitungsstelle, deren vorsichtlicher Zweck die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten, Kriegerangehörigen und -Hinterbliebenen sein sollte, wurde die deutsche Frauenhaarsammlung eine Sammelstelle. Einige Zahlen geben einen anmahnenden Einblick in die verdienstvolle Arbeit, die seit Beginn geleistet worden ist. Der Umsatz betrug 11 335 350 Kilogramm Frauenhaar im Werte von 187 068,54 Mark, ferner 2368 Kilogramm MännerschnittHaar im Werte von 2963 Mark, insgesamt 189 431,54 Mark. Dieser Betrag ist ausgezahlt an 1760 Sammelstellen, während 642 derselben noch nicht abgeliefert haben. Außer rund 40 000 allgemeinen Rundschreiben wurden an 2300 vaterländische Frauenvereine insgesamt 5000 Rundschreiben versandt, ferner 2794 Einzelbriefe geschrieben. Das eigenartigste Stück der Eingänge war ein 1,13 Meter langer Zopf, den die Besitzerin als Spende zu Hindenburgs Geburtstag sich abgeschnitten hatte, das älteste Stück des Eingangs war ein Büschel Haare mit der Inschrift: „Abgeschnitten 23. Juni 1862". Die größte einmalige Ablieferung kam aus einer norddeutschen Stadt und wog 187 Kilogramm, die kleinste Sendung, von einem Schulkinde, 8 Gramm. Möchten die deutschen Frauen in solchem vaterländischen Dienst nicht müde werden, der das alte Wort bewahrheitet: „Viele wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel".

# Vermischtes

— **Die neuen Einschränkungen des Fremdenverkehrs in Bayern.** Wie aus München gemeldet wird, sind in Bayern die neuen Einschränkungen des Fremdenverkehrs jetzt in Kraft getreten. Die Aufenthaltsdauer im Hoch- und Voralpenland ist von vier auf drei Wochen herabgesetzt. Die Höchstzahl der zu beherbergenden Gäste bestimmen die Vorstände der Kommunalverbände. Die Beherbergungserlaubnis ist auf die Hälfte der bestgeführten Betten herabgesetzt. Zur Verhinderung der Gastwanderungen durch verschiedene Kommunalverbände sind eigene Fremdenkontrolleure angestellt. Die Gepäckkontrolle wird auch auf ihre Herkunft ausgedehnt.

— **712 Zentner Seife gestohlen.** Wie das Chemnitzer Polizeiamt mitteilt, sind in einem Orte in der Nähe von Chemnitz unter erschwerenden Umständen 14 600 Kilo 140er Kunstseife, ferner 16 000 Kilo 180er Kunstseife und weitere 5000 Kilo verschiedene Kunstseife, zumeist roh im Strang, gestohlen worden.

— **Laufbahn.** Das beliebte Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen" ist von dem Dörfchen Kotzbühlen mutig in die Wirklichkeit übersetzt worden. In dem Kassel benachbarten Orte wurde der Ortsdiener zum Bürgermeister gewählt.

— **Eine Schreckenstat.** In Zoussla Mlola bei Kattowitz hat der Hausbesitzer Marweg seine Frau und seinen dreijährigen Enkel mit Spiritus übergossen und sie dann angezündet. Beide sind buchstäblich verbrannt. Der Täter ist über die polnische Grenze entflohen.

— **Ein berühmtes Bild gestohlen.** In die Wohnung des bekannten Baritons Francesco d'Andrade in Berlin drangen Einbrecher. Sie hatten es aber nur auf das berühmte von Slevogt gemalte Bild d'Andrades abgesehen, das den Sänger in weißem Kostüm als Don Juan darstellt. Das Bild wurde aus dem Rahmen geschnitten. Der Künstler weilt, da er Portugiese ist, jetzt in Lissabon. Alle Kunstschätze, die sich sonst in der Wohnung befanden, wurden von den Dieben unangetastet gelassen.

— **Den Vater ermordet.** In Warendorf (Westfalen) hat der Landmann Bernhard Wellerdiek seinen eigenen Vater ermordet, weil er bevorzugt worden war, dem Vater jährlich 700 Mark Rente zu zahlen.

— **Aus der Soldatenzeitung „Am Bosporus":** Bei 40 Grad Celsius. Wie an der Westfront, wird auch im Orient, besonders in der schönen Jahreszeit, den Truppen außerhalb des Dienstes Gelegenheit für sportliche Uebungen geboten. Jüngst ließ der Leutnant S. seine Leute antreten. „Wer sich schon früher sportlich betätigt hat, vortreten!" Nur ein Mann tritt vor. „Sie nehmen also an den sportlichen Bestrebungen teil? Sie können ja Ihren Lieblingssport weiter pflegen. Was haben Sie denn getrieben? „Ich bin Skiläufer, Herr Leutnant."

# Börsen- und Handelsteil

## Die Erhöhung des Umsatzstempels.

Der Verein für die Interessen der Berliner Fondsbörse hat sich in einer Ausschußsitzung mit dem im Hauptausschuß des Reichstages angenommenen Steuerantrag Gröber. Sämtliche Redner waren darüber einig, daß die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer für Dividendenpapiere von ½ v. T. auf 5 v. T., also auf das Siebzehnfache, die schwersten volkswirtschaftlichen Schädigungen im Gefolge haben und für die Effekten der mittleren und kleineren Banken und Makler verhängnisvoll wirken müsse. Es wurde beschlossen, gegen den Kriegszuschlag zur Aktienumsatzsteuer sowie auch gegen die Verdoppelung des in der ersten Lesung auf 1 v. T. normierten Satzes gemeinsam mit dem Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Berliner Bankenvereinigung (Stempelvereinigung) und der Maklergemeinschaft Verwahrung einzulegen. Ferner soll am Freitag, den 5. Juli, 2 Uhr nachmittags, eine Versammlung der Mitglieder dieser Vereinigungen zwecks Stellungnahme nach dem Generalversammlungssaal der Berliner Börse einberufen werden.

Zu dieser Versammlung sind, wie verlautet, auch die Mitglieder des Hauptausschusses des Reichstags geladen worden.

Gleichartige Einspruchskundgebungen sind auch an den Börsenplätzen im Reich beabsichtigt. In Hamburg hat bereits eine Versammlung der Hamburger Wertpapierbörse beschlossen, fortan keine Abschlüsse in Wertpapieren und keine Notierungen vorzunehmen, sowie sich mit den Berliner Interessenvertretungen in Verbindung zu setzen und deren Protesterklärungen zu unterstützen.

## Börsenstimmungsbild

**Berlin**, 3. Juli. Als Protest gegen die drohende starke Heraufsetzung der Umsatzsteuer halten sich die freien Makler und die Mehrzahl der Bankiers wie bereits gestern vom Geschäft vollständig fern, so daß nur die amtlichen Makler die zu schwankenden Kursen gehandelten Papiere notieren. Seitens des Publikums liegen bei den Banken in der Hauptsache Kaufaufträge vor, so daß sich von Beginn an gegen gestern Erhöhungen in den am meisten betroffenen Werten des Schiffahrts-, Montan- und Rüstungsmarktes einstellten. Die geringen, im weiteren Verlauf eingetretenen Veränderungen der wenigen zur Notiz gebrachten Kurse sind überwiegend nach oben gerichtet. Am Rentenmarkt vermochten dreiprozentige Anleihen ihren in den letzten Tagen erzielten Kursgewinn gut zu behaupten. Auch für andere Rentenwerte zeigte sich einiges Interesse.

## Produktenbericht

**Berlin**, 3. Juli. Die neuerlichen starken Regenfälle lassen nun doch allmählich den Wunsch nach trockenem, sonnigem Wetter hervortreten. Namentlich im Interesse der Heuernte wäre ein Witterungsumschlag zu erhoffen. Im Handel mit Saatgut sind neuerdings Vogelwicken mit und ohne Johannisroggen gefragt. Auch Lupine ist neben Serradelle und Spörgel begehrt. Manches Angebot zeigte sich in eingeführten Stoppelrübensamen, doch sind die Käufer ziemlich zurückhaltend. Von amerikanischen Winterhafersorten hielten die Züchter bereits Ware bereit, doch ist die Lieferung erst, wie bereits früher bemerkt, vom 15. Juli an gestattet. Im Rauhfuttergeschäft hat sich nichts verändert. Das Angebot in eingesäuerten Rübenschnitzeln hält an, doch ist die Kauflust dafür sehr gering.

* **Abänderung der polnischen Währungsverordnung.** Die Bestimmung im § 6 der Währungsverordnung vom 14. April 1917, welche seinerzeit auf den ausdrücklichen Wunsch polnischer Finanzkreise aufgenommen wurde und nach der die allen vor Inkrafttreten der Verordnung entstandenen Zahlungsverbindlichkeiten nach wie vor in Rubeln bezahlt werden konnten, erwies sich, nachdem der Rubel sich vom Höchstkurse um etwa 1,50 Mk. entfernt hatte, als außerordentlich schädlich. Daher wurde die Forderung, den Rubel als Zahlungsmittel gänzlich auszuschalten, vielfach gestellt. Als Vorläufer der demnächstigen neuen Währungsmaßnahmen erließ der Generalgouverneur eine Abänderung zu der genannten Währungsverordnung, welche den § 6 aufhebt. Danach ist der Gläubiger bis auf weiteres nicht verpflichtet, zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten, welche vor dem 26. April 1917 entstanden, Rubel anzunehmen.

**Verantwortlich:**
für den politischen Teil: Dr. **Hans Simon**; für Provinz, Feuilleton und Vermischtes i. V. **Hertha Nettner**; für Börsen- und Handelsteil: i. V. Dr. **Hans Simon**; für Oertliches, Kunst und Wissenschaft und den übrigen Teil: **Adolf Meyer**; für den Anzeigenteil **Hubert Wanner**, sämtlich in Halle-Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719180704 1-18/fragment/page=0004